

Bundesrat holt Parlament aus der Schockstarre

Notsession Regierung will die Corona-Krise beraten lassen. Doch den Räten eilt es nicht.



16. März 2020: Das Bundeshaus wird desinfiziert. Foto: Keystone

Eines der ersten Opfer des Virus war das eidgenössische Parlament: National- und Ständeräte haben ihre Frühlingsession am 15. März abgebrochen. Seither ist die oberste Gewalt lahmgelegt: Die Parlamentarier können nur noch zuschauen, wie der Bundesrat per Notrecht durchregiert.

Doch nun sollen sie wieder in Aktion treten: Der Bundesrat hat am Freitag die Einberufung einer ausserordentlichen Parlamentssession beschlossen. Das bestätigt Bundesratspräsidenter André Simonazzi auf Anfrage.

Dieser Entscheid ist pikant:

Erstens: Der Bundesrat muss das Parlament aus der Schockstarre holen. Gemäss Parlamentsgesetz könnte auch ein Viertel der Mitglieder eines Rates eine ausserordentliche Session verlangen. Das geschah bisher nicht.

Zweitens: Viele National- und Ständeräte finden eine Session gar nicht nötig. Regula Rytz, als Parteipräsidentin der Grünen eigentlich Oppositionschefin, hat gar keine Eile. Auf Twitter ruft sie dazu auf, die Regierung machen zu lassen: «Krise = Prioritäten setzen! Alle Kraft muss jetzt in den Schutz vor Covid-19 und in die Versorgung gehen. DANN kann das Parlament im Mai oder Juni wieder tagen!»

«Auf keinen Fall tagen»

Auch SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi spricht sich gegen eine baldige Session aus: Während des Versammlungsverbots, das vorerst bis 19. April gilt, dürfe das Parlament «auf keinen Fall tagen». Führe der Bundesrat die ausserordentliche Lage weiter, müsse das Parlament auch über den 19. April hinaus von einer Session absehen. Immerhin habe das Parlament selber das Epidemien-gesetz beschlossen. Nun müsse es sich selber daran halten.

Pikant: Für den Bundesrat selber ist sein Veranstaltungsverbot kein Grund, auf eine Session zu verzichten. «Sofern die Hygienemassnahmen und Social Distancing respektiert werden, gibt es Möglichkeiten, die Session zu ermöglichen», schreibt Simonazzi.

Auch FDP-Fraktionschef Beat Walti plädiert dafür, den Bundesrat vorerst weiterarbeiten zu lassen. Zur kurzfristigen Krisenbewältigung könne das Parlament wenig beitragen. Walti sieht die Rolle des Parlaments später vor allem darin, Lehren für künftige Pandemien zu ziehen.

Null Verständnis dafür hat SP-Fraktionschef Roger Nordmann. «Das Parlament muss so rasch wie möglich zusammentreten»,

fordert er. «Die Epidemie bedeutet doch nicht, dass wir unsere Demokratie ausgesetzt haben.» Die Gesellschaft brauche zwingend einen Ort, um über das weitere Vorgehen eine Debatte zu führen. Und dieser Ort könne nur das Parlament sein.

Eine Mitteposition nimmt CVP-Fraktionschefin Andrea Gmür ein. Der Bundesrat habe sehr gut agiert, sie sehe kurzfristig keinen dringlichen Entscheidungsbedarf. Darum könne eine Session auch erst im Mai stattfinden. Trotzdem müsse das Parlament handlungsfähig bleiben – auch, «um die Notrechtsbeschlüsse des Bundesrats breiter zu legitimieren und abzustützen».

Nicht im Bundeshaus

Die Parlamentsdienste sind derweil mit praktischen Fragen beschäftigt: Wann kann die Session stattfinden? Und wo? Unwahrscheinlich ist, dass sie im Bundeshaus durchgeführt wird, denn dort sitzen die Parlamentarier fast Körper an Körper. Am Donnerstag wollen die Ratsbüros entsprechende Entscheide fällen.

Für Verwirrung hat am Montag ein Schreiben an alle National- und Ständeräte gesorgt. Nationalratspräsidentin Isabelle Moret (FDP) und Ständeratspräsident Hans Stöckli (SP) erwähnen darin eine mögliche Session vom 13. bis 17. April. Gemäss Gesetz müsste die Session dann stattfinden – falls auch 50 National- oder 12 Ständeräte sie verlangen. Bleibt es beim Angebot des Bundesrats, ist das Parlament flexibler und könnte auch erst später tagen.

Die Frage ist aber, welche Traktanden das Parlament behandeln soll. Der Bundesrat will ihm die dringlichen Notkredite zur nachträglichen Genehmigung vorlegen, wie es im Finanzhaushaltsgesetz vorgesehen ist. Dabei hat es kaum Entscheidungsspielraum. Die Finanzdelegation hat diese Kredite bewilligt, der Bundesrat kann das Geld ausgeben.

Einzelnen Fraktionschefs eilt es auch darum nicht mit einer Sitzung. Roger Nordmann teilt diese Ansicht nicht. Möglich sei, an einer ausserordentlichen Session Parlamentsverordnungen oder dringliche Bundesgesetze zur Krisenbewältigung zu beschliessen. Zudem könnten die beiden Kammern dem Bundesrat verbindliche Aufträge erteilen, sagt er.

Im Moment debattieren die Parlamentarier aber darüber, ob sie überhaupt debattieren sollen.

Markus Häfliger

Wie aus 15 Millionen fast 40

Hilfspaket Fehleinschätzungen, Improvisation und viel politische Psychologie: Die geheime Geschichte hinter dem grössten Hilfspaket der Schweizer Geschichte.

Christoph Lenz

Am Vortag des Freitag, 13. März, an dem der Bundesrat wegen der Corona-Epidemie schweizweit alle Schulen und Universitäten zusperrte; an dem der Bundesrat an allen Landesgrenzen Grenzkontrollen einführte; an dem der Bundesrat 10 Milliarden Franken Corona-Soforthilfe für die Wirtschaft versprach; am Vortag jenes geschichtsträchtigen Freitags verschickten das Wirtschaftsdepartement und das Finanzdepartement ein vertrauliches Papier an die übrigen Departemente. Die Basis für vieles, was danach kommen sollte.

In den Stäben der anderen Bundesräte war man auf vieles gefasst. Doch darauf nicht. Die Summe, die Guy Parmelin und Ueli Maurer damals mobilisieren wollten, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie zu dämpfen: 15 Millionen Franken. Nur 15 Millionen.

Überrumpelt und überfordert

Seit Wochen ist die Schweizer Politik im Ausnahmezustand. Der Bundesrat versucht, mit Notrecht die Ausbreitung des Coronavirus zu bremsen und gleichzeitig die Wirtschaft zu stabilisieren. Die letzten Tage haben vor Augen geführt, dass verschiedene Verwaltungseinheiten von den Ereignissen überrumpelt wurden. Und dass sie lange brauchten, um das Ausmass der Krise zu begreifen und angemessen darauf zu reagieren.

Im Speziellen gilt dies für das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco. Das zeigen Gespräche mit rund einem Dutzend Insidern aus der Verwaltung, von den Sozialpartnern und Branchenverbänden, aber auch amtliche Dokumente, die der Redaktion vorliegen. Sie lassen auch den Kraftakt erahnen, der nötig war, damit der Bundesrat letzten Freitag das grösste Hilfspaket der Schweizer Geschichte vorlegen konnte. Es beläuft sich auf knapp 40 Milliarden Franken. Heute wird der Bundesrat den wichtigsten Teil des Pakets, 20 Milliarden Franken Sofortkredite für KMU, formell verabschieden.

Innert weniger als zwei Wochen sind aus 15 Millionen fast 40 Milliarden Franken geworden. Wie war das möglich?

Die Antwort, die alle Quellen übereinstimmend geben: Das Seco, einst das unbestrittene Gravitationszentrum der Schweizer Wirtschaftspolitik und berücksichtigt für seine Abneigung gegen Staatsinterventionen, hat in der Krise das Gehör von Guy Parmelin verloren. An die Stelle des Seco traten die Sozialpartner.

Inspiratoren des bundesrätlichen Corona-Programms seien Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt und Gewerkschaftsbundsekretär Daniel Lampart gewesen, schrieb der stets gut informierte Kolumnist Rudolf Strahm gestern in den Tamedia-Zeitungen. «Parmelin setzte das Programm mit dem Bundesrat gegenüber seiner tragen Verwaltung durch.»

Der Zeitpunkt, in dem es für die federführenden Bundesräte Parmelin und Maurer klick gemacht hat, lässt sich ziemlich genau eruieren. Es geschah rund um



Als Wirtschaftsausschuss im Bundesrat schnürten sie über Nacht ein Milliardenpaket (von links): Ueli Maurer,

den 11. und 12. März. Die Infektionen in der Schweiz schlugen durch die Decke. Ausländische Regierungen schnürten massive Hilfsprogramme. Im Bundesrat war plötzlich die Rede von Schulschliessungen. Und aus der Wirtschaft drangen immer dramatischere Hilferufe ins Bundeshaus.

Vor diesem Hintergrund muteten die Rezepte aus dem Umfeld von Seco-Chefökonom Eric Scheidegger realitätsfremd an. Im Seco rechnete man damit, dass bis Ende Jahr nur 1100 KMU wegen Corona direkte Finanzspritzen benötigen würden. Zur Bewältigung dieser Kreditanträge sollten 10 Millionen Franken reichen, dachte man. Mit

weiteren 4,5 Millionen Franken sollten Firmen für abgesagte Messen entschädigt werden. So ergab sich ein 15-Millionen-Franken-Antrag an den Bundesrat. Als der am 12. März bei den anderen Departementen eintraf, war er schon Makulatur.

Praktisch über Nacht schnürten Guy Parmelin, Ueli Maurer und Innenminister Alain Berset – diese drei Magistraten bilden den Wirtschaftsausschuss – ein neues Corona-Paket. Eines im Umfang von 10 Milliarden Franken. Eines, das ein Zeichen setzen sollte: Wir nehmen die Krise ernst.

Wenn der Bundesrat blufft

Dabei behalf sich der Bundesrat nicht nur der Improvisation, sondern auch der politischen Psychologie. Eines Bluffs. 8 Milliarden Franken versprach er am 13. März für Kurzarbeit, um Entlassungen zu verhindern. Eine beeindruckende Summe, aber im Grunde ist sie irrelevant. Wie die NZZ nachzeichnete, muss die Arbeitslosenversicherung dieses Geld sowieso bezahlen, wenn die Ansprüche angemeldet werden.

Zusätzlich beantragte Bundesrat Maurer am 13. März, eine Milliarde Franken für Firmen in Geldengpässen aufzutreiben. Daraus sind inzwischen 20 Milliarden geworden. Die Warnungen des Seco vor Fehlanreizen und

Mitnahmeeffekten schlug der Bundesrat in den Wind.

Doch an jenem 13. März hatte der er noch nicht genug. Er gab den Forderungen der Gewerkschaften nach und ordnete an, dass die Löhne auch jener Beschäftigten geschützt werden sollen, die nicht von Kurzarbeit profitieren können – namentlich der Selbstständigen, die wegen der bundesrätlichen Massnahmen ihr Einkommen verlieren, aber auch der Leute mit befristeten Jobs und Stundenlohnverträgen.

In Windeseile hat die Verwaltung diese komplexen Reform umgesetzt. Am Montag letzter Woche machten sich zwei Gruppen an die Arbeit. Schon am Dienstagabend seien die Notverordnungen fertig gewesen, sagt ein Teilnehmer.

Nun können auch Temporärangestellte Kurzarbeit beziehen, was 6 Milliarden Franken kostet. Zudem erhalten Selbstständige, die etwa wegen der Schulschliessungen auf ihre Kinder aufpassen müssen, eine Entschädigung über den Erwerbssersatz. Kostenpunkt: 4 Milliarden Franken.

Nun dürfte der Bundesrat einen Strich ziehen unter das grösste Hilfspaket der Schweizer Geschichte. Vorerst jedenfalls. Die Krise geht weiter. «Das ist nicht das Ende der Fahnenstange», sagte Ueli Maurer am letzten Freitag.

An die Stelle des Seco traten die Sozialpartner.